Tat oder wenn sie unverzagt gegen die Macht der Unterdrückerklasse wütender Feinde je eine Million neuer Kämpfer erheben. ... Unsere Revolution ist unbesiegbar, wenn sie vor sich selber keine Furcht haben wird. ..."

Welche prophetische und doch selbstverständliche Voraussage! Wie hat das Leben selbst jenen Wichten, die „in schmachvoller Angst vor dem Volke" und im hündischen Glauben an die Allmacht die grimmigsten Feinde der Revolution waren, die Antwort erteilt! Welche Springquellen der Kraft, der proletarischen Massenintiative, entströmen den von der Partei Lenins geweckten und organisierten Kräften der werktätigen Massen! Die Konterrevolution wurde im Bürgerkrieg zerschmettert. Die Zange der imperialistischen Intervention wurde zerbrochen. Die wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte des Riesenreiches wurden in phantastischem Tempo geweckt! Jene Form der großen Initiative, das „Arbeiten auf revolutionäre Art", wie Lenin in seiner Schrift „die große Initiative", die „kommunistischen Samstags", den Arbeitsenthusiasmus der russischen Industriearbeiter in den Jahren des Bürgerkriegs einer begeisterten Betrachtung unterzog, hat heute das ganze Land erobert. Der sozialistische Wettbewerb in Stadt und Land, die Bewegung der Stoßbrigaden sind nicht nur die neue kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, auf der freien und zielbewußten Disziplin der Werktätigen selbst beruhend, sie sind ebenso Epos, das Heldenlied auf die unerschöpfliche, alle Feinde, alle Hindernisse niederbrechende Kraft der proletarischen Massen. Sie als stärksten Faktor der sozialistischen Bewegung in Rechnung gestellt, sie gegenüber allem Verrat, allen Demoralisationsversuchen der kapitalistischen Agenten, aller opportunistischen Kleingläubigkeit gegenüber geweckt und organisiert zu haben, ist einer der wesentlichsten Gründe für den Sieg der russischen Revolution.

Es ist zeitgemäß, es ist notwendig, sich gerade jenes Vermächtnisses Lenins, am morgigen 7. Jahrestage seines Todes, zu erinnern. Kein imperialistischer Krieg tobt noch in den Ländern Europas, an den Grenzen der deutschen Hungerrepublik. Aber die deutsche Bourgeoisie, unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise das Land der Katastrophe entgegentreibend, kämpft mit den blutigen Terrormethoden des Bürgerkrieges gegen die werktätigen Massen in Stadt und Dorf. Der Faschismus ist das blutige Werkzeug der herrschenden Klasse zur Verteidigung des kapitalistischen Reichtums gegen die unterdrückte Klasse. Es gibt keinen anderen Ausweg aus der Katastrophe als die Volksrevolution, die Führung aller ausgebeuteten Schichten des werktätigen Mittelstandes, der werktätigen Bauernmassen durch das Proletariat. Dafür die große Initiative zu entfalten, für die Volksrevolution gegen faschistische Diktatur die riesenhaften, unbesiegbaren Kräfte des Proletariats, des gesamten werktätigen Volkes zu wecken, zu organisieren, ist die historische Aufgabe der Kommunistischen Partei. Die Losung Freiheit und Brot! Das Programm, das Manifest unseres Zentralkomitees zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen werktätigen Volkes!

In Sachsen stehen wir vor dem Kampfkongreß gegen den Faschismus, der am Sonnabend und Sonntag in Dresden stattfinden wird. Die Rolle der sozialdemokratischen Führung besteht nicht nur in der Anwendung der materiellen Gewalt, des Polizeiterrors, des Reichsbannerkollkommandos, des Streikbruchs gegen die revolutionäre Einheitsfrontbewegung. Ebenso gefährlich sind ihre ideologischen Sprengungsversuche, ihre Aufhetzung der Arbeiter gegen Arbeiter, ihre Bemühungen, die Arbeiter in ihrem Kampfe gegen die braune Mordpest mit dem provozierenden Hinweis auf „Disziplin" abzuhalten, ihren Kampfeswillen zu demoralisieren. Sie hat ihre [illegible] Methoden angewandt bei der Sieverstreikbewegung gegen die Brüning-Regierung, bei den Lohnbewegungen gegen die kapitalistischen Lohnräuber, beim Kampf gegen die faschistischen Mordbanden. Wir müssen das Gelingen dieser Versuche unmöglich machen. Unsere Einheitsfrontbewegung mit den sozialdemokratischen Arbeitern muß stärker werden als der Sprengungsversuch korrupter Führer. Massenmobilisierung zum Kampfkongreß und die Delegierung müssen im wahrsten Sinne überparteilich sein. Der Kampfbund, als organisierende Kraft gegen den Faschismus, erfüllt seine Aufgabe nicht, wenn er nicht jeden bisher gewesenen Rahmen überparteilicher Organisationen überschreitet. Ferner steht nicht nur die Aufgabe der zentralen Zusammenfassung und Führung der breitesten Volksbewegung gegen den Faschismus. Sie muß konkret betrieblich und örtlich bei jedem sich bietenden Anlaß, bei Streiks, Solidaritätsbewegungen, Naziprovokationen von unten herauf unterbaut und befestigt werden. Die organisatorische Form dieser Einheitsfront ist die Arbeiterdelegiertenbewegung unter Hinzuziehung von gewählten Vertretern aller werktätigen Schichten. Sie ist die organisatorische Form für die Führerrolle des Proletariats in der gegenwärtigen Situation, die am tiefsten und umfassendsten die Verbindung mit den Betrieben und Stempelstellen garantiert.

Gedenken wir Lenins! Wecken und organisieren wir die siegreiche Kraft des Proletariats! Entfalten wir die große Initiative!

Der Arbeitermord vor dem Karl-Liebknecht-Haus

Das Werk sozialfaschistischer Polizeioffiziere

Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Am 15. September 1929 führten Nationalsozialisten und die Polizei des Sozialdemokraten Zörgiebel einen gemeinsamen Feuerüberfall auf das Karl-Liebknecht-Haus und auf die auf dem Bülowplatz versammelten Arbeiter durch. Der Genosse Henert wurde dabei ermordet. Am anderen Tage veröffentlichte der sozialdemokratische „Vorwärts" einen erlogenen Polizeibericht, in dem behauptet wurde, daß die Polizei nur Schreckschüsse abgegeben habe, daß die Kommunisten geschossen hätten und daß der Erschossene ein Nationalsozialist sei.

Die Rote Fahne erklärte damals den Polizeichef Zörgiebel, den Reichsbannerführer Hörsing, für einen berufsmäßigen Lügner, und forderte Anklageerhebung gegen den schuldigen Polizeioffizier wegen Mordes.

Jetzt bringt der nationalsozialistische „Angriff" eine sensationelle Aufklärung dieser amtlichen Verleugnung des Polizeimordes. [illegible] Erzählung des Führers des Polizeikommando[illegible] Brigadeführer, Meldung [illegible] die Meldung [illegible] die Polizei [illegible] Weiter [illegible] zu lügen, daß [illegible] die Beamten, [illegible] eine neue Verleugnung mit der [illegible] unter dem Druck des Vorgesetzten falsch [illegible] Mordes [illegible] daß es die [illegible] daß es die Polizeiführer gewesen sind, daß sie bewußt gelogen und die Wahrheit verdreht haben.

Diese Behauptungen, die der „Angriff" nur zur Rechtfertigung [illegible] Polizeiführer [illegible] Mordes [illegible] sind, beweisen [illegible] Arbeitermorde von sozialdemokratischen Polizeioffizieren verübt werden.

Das Zentralkomitee unserer Partei zu den gegenwärtigen Aufgaben

166

Verstärkung der Massenarbeit / Einstimmige Annahme aller Beschlüsse

Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Vom 15. bis 17. Januar tagte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Diese Tagung, an der führende Parteifunktionäre aus dem Reich und Vertreter der wichtigsten europäischen Bruderparteien teilnahmen, ist von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte Arbeit der deutschen Partei und für die europäischen Parteien. Die Sitzung wurde — nach Teilnahme des gesamten ZK an der Kundgebung an den Gräbern von Karl und Rosa — mit einer Gedächtnisrede des Genossen Hermann Remmele eröffnet.

Der Führer der Partei, Genosse Thälmann, hielt ein grundlegendes, mehrstündiges Referat über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Die Aussprache, an der 51 Genossen teilnahmen und die mit bolschewistischer Gründlichkeit und mit der Methode der bolschewistischen Selbstkritik geführt wurde, ergab eine einmütige Auffassung über die Beurteilung der politischen Lage und über die gestellten Aufgaben. Von den Vertretern der europäischen Bruderparteien sprach der Delegierte der KPF. Die Beschlüsse des ZK wurden einstimmig gefaßt.

Das ZK gab die Losungen: Verstärkung der Massenarbeit und Werbung für die Partei unter den Proletariern. Ausbau der RGO und der roten revolutionären Verbände der Metall- und Bergarbeiter zu Massenorganisationen unter revolutionärer Führung. Schaffung eines politischen Vertrauensleutesystems in allen Betrieben. Verstärkung der Arbeit unter den sozialdemokratischen Arbeitern zur Gewinnung für die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats. Liquidierung des Masseneinflusses der SPD und der SAJ. Schaffung neuer Formen der proletarischen Einheitsfront durch antifaschistische Delegiertenkonferenzen und örtlicher und betrieblicher Aktionsausschüsse gegen den Faschismus. Mobilisierung der Massen zum mehrhaften Kampf gegen den immer stärker werdenden faschistischen Terror.

Von der Tagung des ZK muß eine Welle der inneren Mobilisation und der gesteigerten Aktivität der Partei ausgehen. Die Beschlüsse des ZK müssen in allen Organisationseinheiten, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in proletarischen Massenorganisationen zur Grundlage des Handelns gemacht werden.

Wir werden ausführlich über die Rede des Genossen Thälmann in den nächsten Tagen Bericht geben.

Für Verräter kein Platz in der Partei

Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Plenarsitzung der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg hat auf ihrer Tagung am letzten Sonntag beschlossen, 12 Genossen, die sich durch die Sozialfaschisten zu einer Sabotageaktion in der Druckerei der Roten Fahne verleiten ließen, um am Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg das Erscheinen der Roten Fahne zu verhindern, wegen Verrat an der Sache des revolutionären Proletariats aus der Partei auszuschließen. Dieser Beschluß wurde einstimmig ohne Stimmenthaltung gefaßt.

Unsere Avantgarde am Niederrhein

Düsseldorf, 19. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern fand in Düsseldorf eine von 250 Parteiarbeitern besuchte Parteiarbeiterkonferenz statt, die zu den Aufgaben der Partei in den Lohnkämpfen und zu den Beschlüssen der Plenarsitzung des ZK Stellung nahm. Auf dieser Konferenz, die von einem starken Kampfgeist getragen war, kam der gewaltige Vormarsch zum Ausdruck. Es wurde festgelegt, alle Kräfte zur Ausdehnung der Streikformierung am Niederrhein zu mobilisieren. Die Beschlüsse des ZK fanden einstimmige Annahme.

Voller Sieg bei Daimler-Benz

Lohnraub abgewehrt / Wagenwäscherlöhne erhöht / 20 Mark für die Streiktage

Nur der geschlossene Kampf wehrt den Lohnraub ab!

Die Streikleitung der Belegschaft Daimler-Benz, Leipzig, teilt mit, daß der Streik erfolgreich beendet, die Lohnrauboffensive der Direktion abgewehrt ist. Alle Entlassungen werden zurückgezogen. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen und wird zu den alten Löhnen fortgesetzt, die Löhne der Wagenwäscher aber wurden auf den tariflichen Mittellohn erhöht. Für den durch die Streiktage ausgefallenen Lohn werden 20 Mark pro Arbeiter gezahlt. Die Arbeit ist daraufhin heute morgen wieder aufgenommen worden.

Der Streik bei Daimler-Benz wurde also mit einem vollen Siege der Belegschaft. Die Firma hatte an die Arbeiterschaft das Ansinnen gestellt, sich einen erneuten Lohnraub von fünf bis zwölf Pfennig gefallen zu lassen. Daraufhin trat die Belegschaft nach einer Versammlung einheitlich in den Streik. Vergeblich versuchte die Direktion, Streikbrecher heranzuziehen. Sie wandte sich an den Stahlhelm, und an den Nazi-Nachweis. Die Antwort der Arbeiterschaft auf diese Bemühungen war, daß die Erwerbslosen mit der Betriebsbelegschaft gemeinsam Streikposten standen.

Dieser Sieg nach wenigen Tagen Streik beweist, daß es trotz der Krise möglich ist, in einheitlichem Kampf die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren und die Lohnrauboffensive abzuwehren. Er widerlegt die alte reformistische demagogische Lüge, daß man in Krisenzeiten nicht streiken könne, da die Gewerbelosen den Streikenden in den Rücken fallen, und die Unternehmer in Zeiten der Ueberproduktion einige Zeit Stillegung vertragen können. Dieser siegreiche Streik bezeugt aber auch den ganzen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie im Metallarbeiterkampf, bei der kampflosen Kapitulation im Ruhrgebiet, in Sachsen und Hessen. Er beweist die Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes unter einheitlicher Führung.

Wofür die Schieck-Regierung Geld hat

2 403 000 Mark in den Rachen der Stahlkönige

Das Kabinett Schieck hat dem Landtag eine Vorlage unterbreitet, wonach 2 403 000 Mark zum Ankauf der Röchlinger Aktien in den Haushaltplan eingestellt werden sollen.

Eine Viertelmillion Mark Gehalt

Das Volk hungert / Aber Nazis und SPD-Führer stimmen für Riesengehälter

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat eine große Anzahl bedeutsamer Anträge zum Staatshaushaltplan 1930 eingebracht. Wir geben hier die wichtigsten kurz wieder. Einige Anträge sind auf eine Herabsetzung der höchsten Beamtengehälter gerichtet. So sollen der Ministerpräsident und die Staatsminister statt bisher je 30 000 Mark nur noch je 18 000 Mark Gehalt beziehen, was bekanntlich die Sozialdemokratie schon im vorigen Landtage beantragt hatte. Ferner sollen die Dienstaufwandsentschädigungen der Minister gänzlich gestrichen werden. Außerdem soll der Verfügungsbetrag von 16 000 Mark für den Ministerpräsidenten gestrichen werden. Durch diese Einsparung dieser Beträge würde bereits eine ganz stattliche Summe zusammenkommen."

So steht es geschrieben im gestrigen SPD-Blättchen vom Weillnerplatz. Die Tatsachen aber besagen das direkte Gegenteil. Die Gehälter werden von der SPD nicht herabgesetzt. Ebensowenig wie von den Nazis. Im Gegenteil: SPD- und Nazi-Abgeordnete stimmten im Haushaltausschuß des Reichstages für die Riesengehälter Hindenburgs und Brünings. Darüber berichtet uns unsere Reichstagsfraktion:

Im Haushaltausschuß des Reichstages fanden am Sonnabend die Abstimmungen über die Gehälter des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers Brüning statt. Die Zustimmung zu diesen Gehältern ist nicht anders als ein politisches Vertrauensvotum zu betrachten. So wurde die Frage von der Kommunistischen Partei gestellt, und auch die Nationalsozialisten haben bei den vorjährigen Etatberatungen diesen Standpunkt eingenommen.

Die Kommunistische Partei hatte entsprechend ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zu dieser Regierung und zu diesem Staat die Streichung dieser Posten im Etat beantragt. Dagegen stimmten nicht nur die Parteien, die in der Brüning-Regierung vertreten sind, nicht nur die Sozialdemokraten, die die Brüning-Diktatur stützen, sondern ebenso auch die Nationalsozialisten. In Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten bewilligten diese Parteien für den Reichspräsidenten 153 000 Mark Gehalt plus 75 000 Mark Aufwandsentschädigung (insgesamt die Summe von 243 000 Mark für Hindenburg), für den Reichskanzler Brüning 45 000 Mark Gehalt. Dazu kommen für den Reichskanzler 18 000 Mark Dienstaufwandsentschädigung, 60 000 Mark für Repräsentationszwecke, 150 000 Mark für allgemeine Zwecke, worüber der Reichskanzler dem Reichstag keine Rechnung abzulegen braucht. Somit bewilligten sie dem Zentrumskanzler eine Riesensumme von 273 000 Mark.

Das sind die Tatsachen, die den Berichten der SPD-Blättchens durch entgegengesetzt lauten. Man kann die Infamie, mit der die Arbeiterleser betrogen werden, nur niedrigen hängen. Die Herrschaften vom Weillnerplatz sind gewillt, auch in der Weise mit derselben Frechheit zu lügen, wie Brüning seine Gesetzbrüche in dem Notstand. Die Arbeiter wollen sich mit Ekel von diesen verlogenen Schmierfinken abwenden und mit der Kommunistischen Partei gegen den Volksbetrug ankämpfen.

Achtung, Delegierte zum Kampfkongreß!

Bekanntmachung!

Nach dem bereits veröffentlichten Beschluß des Vorbereitenden Ausschusses zur Durchführung des Kampfkongresses gegen den Faschismus haben alle Delegierten einen Betrag von 5 Mark zum Kongreß mitzubringen, der durch Sammlung aufzubringen ist. Dieser einheitliche Betrag wird erhoben, um einen Ausgleich der Fahrgeldunkosten möglich zu machen. Die Delegierten aus der näheren Umgebung Dresdens helfen damit den Delegierten aus entlegeneren Gegenden Sachsens die Fahrgeldschwierigkeiten zu überwinden.

Damit die jugendlichen Delegierten ohne Schwierigkeiten den Betrag von 5 Mark aufbringen können, ist es notwendig, daß sich alle jugendgenossenschaftlichen Delegierten mit den [illegible] Leitungen der KPD, die anderen Jugendgenossen mit den Leitungen des Kampfbundes gegen den Faschismus in Verbindung setzen, damit dort, wo sich Schwächen in der Aufbringung der Mittel zeigen, ein Ausgleich geschaffen werden kann.

Nochmals sei darauf hingewiesen, daß alle Delegierten einen Ausweis ihrer Wähler mitbringen müssen.

Vorbereitender Ausschuß zur Durchführung des Kampfkongresses gegen den Faschismus.

Sieg der Roten Liste auf Röchlinger Hütte

Am 16. Jan. fanden auf der Röchlinger Hütte (Saargebiet) die Wahlen zum Arbeiterausschuß statt, die einen überwältigenden Sieg der Roten Liste brachten. Die Liste der oppositionellen Metallarbeiter erhielt 17 Sitze, die Liste der Christlichen 6 Sitze und die sozialdemokratische Liste [illegible] Sitze.

Die Arbeiterausschußwahlen im Saargebiet erfolgen bei den Gewerkschaftsbürokraten. Die Wahl auf der Röchlinger Hütte ist ein weiteres gutes Vorzeichen für die kommenden allgemeinen Betriebsrätewahlen. [illegible] In jedem Betrieb eine rote Kampfbetriebsrätliste, in jedem Betrieb rote Betriebsräte!